

## Vorwort

Der *Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* wird vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie in München und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München durchgeführt. Der Runde Tisch versammelt VertreterInnen von großen und kleinen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen in Bayern. Diskutiert werden verschiedene Ansätze sowie die wichtigsten Instrumente zur Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen. Ausgangspunkt der Debatte sind sowohl Erwartungen von unterschiedlichen Anspruchsgruppen an Unternehmen als auch gute Initiativen und Erfahrungen einzelner Unternehmen oder Branchen, die die Richtung für zukünftiges verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln aufzeigen. Der *Runde Tisch Bayern Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* hat sich seit 2006 als kontinuierliche Plattform zur Beförderung des Dialogs über die weitere Entwicklung im Bereich Sozial- und Umweltstandards etabliert.

Blicken wir zurück auf zehn Jahre *Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen*, darf konstatiert werden, dass das Nachdenken über Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen längst aus der Nische herausgekommen ist. Das ist natürlich nicht nur auf den bayerischen Runden Tisch zurückzuführen. Immer wieder berichteten Medien in den vergangenen Jahren über katastrophale Zustände in der weltweiten Textilproduktion. Bundesminister Dr. Gerd Müller hatte daraufhin 2014 das sogenannte „Textilbündnis“ initiiert und ein großes Medienecho geerntet. Auch der im Sommer 2016 zu verabschiedende Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte greift entsprechende Fragestellungen im Kontext Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen auf. Bayerns Staatsministerin Dr. Beate Merk als Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen sowie als bayerische Eine Welt-Ministerin hat anlässlich des Jubiläums mit zum 10. Runden Tisch eingeladen.

Wenn wir heute die Medien verfolgen, dann finden wir zahlreiche Berichte u.a. über:

- weiterhin unerfreuliche Zustände in der Textilindustrie,
- Kinderarbeit bei der Kakaoernte, bei der Bearbeitung von Natursteinen oder bei der Orangenernte,
- Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Rohstoffen,
- systematische Verletzung von Umweltstandards in der Automobilindustrie,
- mehrere Tausend Quadratkilometer abgebrannten Regenwald für Palmölproduktion.

Die breite Beteiligung von Unternehmen, Politikerinnen und Politikern sowie Nichtregierungsorganisationen am *Runden Tisch Bayern* ist ein Indiz dafür, wie wichtig eine gemeinsame Verständigung in diesem Themenfeld ist. Mit eigenen Beiträgen zu Gast waren in den vergangenen Jahren u.a. folgende Unternehmen und Verbände: Allianz, BMW, Deuter Sport, Faber-Castell, Fenix Outdoor, Freudenberg, GLS-Bank, HempAge, Hess Natur, HypoVereinsbank, IHK Mittelfranken, IHK Oberbayern, memo, Metro, Puma, rk-Textil, Tchibo, TÜV-Rheinland, Unternehmensgrün, Verband der bayerischen Textil- und Modeindustrie, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sowie der Autozulieferer ZF am Standort Schweinfurt.

Mit der vorliegenden Publikation werden insbesondere die Ergebnisse des 10. „*Runden Tisches Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen*“, der am 15. Dezember 2015 in der Bayerischen Staatskanzlei in München durchgeführt wurde, einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Diese erweiterte Tagungsdokumentation wurde zusätzlich um einige aktuelle Beiträge ergänzt. Allen Beiträgen gemeinsam ist die Überzeugung, dass Globalisierung der aktiven politischen Gestaltung bedarf, um zu einer sozial gerechteren und ökologisch verträglicheren Entwicklung zu gelangen.

In der globalisierten Welt problematisch sind dabei die immer noch zahlreichen und eklatanten Verstöße vieler Unternehmen gegen gültige Sozial- und Umweltstandards. Hierzu zählen nicht nur die seit langer Zeit bekannten ausbeuterischen Arbeits- und Produktionsbedingungen in der asiatischen oder mittelamerikanischen Textilproduktion, Probleme beim weltweiten Abbau von Rohstoffen sowie Kinderarbeit in vielen Branchen, sondern auch die massive Verletzung von Umweltstandards in Deutschland.

Zwar steht aktuell bisher vor allem VW wegen seiner skandalösen Praktiken im Mittelpunkt der Kritik, doch muss sich die Politik in Deutschland

fragen lassen, warum sie nicht viel früher eingegriffen hat. Längst war klar, dass die geforderten Emissionsstandards nicht ansatzweise eingehalten wurden. Stickoxide in hoher Konzentration sind gesundheitsgefährdend. Für Jürgen Resch von der Deutschen Umwelthilfe machen sich die „verantwortlichen Vorstände der Unternehmen, die in vollem Wissen der extrem erhöhten Stickoxid-Emissionen unter normalen Fahrbedingungen derart schmutzige Diesel-Pkw verkaufen, tausendfacher vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge schuldig.“<sup>1</sup> Die deutsche Politik, auch Verkehrsminister Dobrindt, hatte offenbar wenig Verständnis für Umweltstandards oder gar Interesse an einer frühzeitigen Aufklärung des Diesel-Abgasskandals. Nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe hatte diese schon am 11. Februar 2011 das Verkehrsministerium bei einem Treffen über stark erhöhte Stickoxid-Werte eines VW-Modells informiert. Immer wieder hat sich die Autolobby in Deutschland und Europa durchgesetzt, wenn es um die Verhinderung strengerer Normen oder die Einführung sinnvoller Messstandards ging. Die Vorgehensweise von VW und wohl der gesamten Autoindustrie hat Menschen und Umwelt massiv belastet.

Und wer sich nicht für Umweltstandards einsetzen möchte sei darauf hingewiesen, dass das Versagen eines Weltkonzerns und der Politik zudem sehr viele Arbeitsplätze bei VW sowie den Zulieferbetrieben gefährdet hat. Spätestens dann sollte die Bundesregierung doch aktiv werden und sich endlich konsequent für Umweltstandards und deren Einhaltung einsetzen?

Der Staat ist bekanntlich für die wirtschaftliche Rahmenordnung zuständig. Inwieweit hilft die Rahmenordnung sogenannten Pionierunternehmen? Werden Unternehmen, die sich um die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards in der eigenen globalen Lieferkette bemühen, von der aktuellen Rahmenordnung vor Mitbewerbern geschützt, die sich nicht um solche Standards kümmern (wollen)?

Beim *Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* waren Unternehmen zunehmend für verbindliche Standards eingetreten. Immer mehr Pionierunternehmen machen sich auf, Sozial- und Umweltstandards in der globalen Lieferkette ernst zu nehmen.

Immer wieder hatte aber die Exekutive oder die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft die Diskussion über Standards systematisch zu verhindern versucht und teilweise völlig vorbei am vorgegebenen Thema lieber über

---

<sup>1</sup> Zitiert nach: Markus Balsler, „Kalt erwischt“ = Süddeutsche Zeitung, 10.2.2016, S. 22.

freiwilliges Engagement – Corporate Citizenship – als freiwilliges Konzept gesprochen.

Hatten anfangs vor allem Wissenschaft und Zivilgesellschaft Forderungen an die Politik gerichtet, so haben über die Jahre hinweg auch Unternehmen in diese Richtung argumentiert. Gleichzeitig ist eine steigende Komplexität des Themenfeldes (u.a. Vielzahl an Zertifizierungen, Siegeln, Lieferkette, nicht zu verwendende Materialien) zu beobachten. Herausragendes Thema in den zehn Jahren ist die Verantwortung in der internationalen Lieferkette.

Blicken wir zurück auf Mindestforderungen am *Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen*, sind Gewerkschaftsfreiheit, der Ausschluss „ausbeuterischer Kinderarbeit“ (gemäß ILO 182) und das Recht auf einen existenzsichernden Lohn zu nennen. Sie werden keineswegs als Luxus empfunden, sondern als selbstverständlicher Bestandteil menschenwürdigen Wirtschaftens. Es gibt keinen Primat der Wirtschaft über Politik oder Gesellschaft.

Ausgewählte offene Fragen aus 10 Jahren Runder Tisch und damit auch ein Blick auf die Zukunft:

- Müssen wir externe Kosten nicht wesentlich stärker berücksichtigen bzw. internalisieren?
- Wie berücksichtigen wir soziale Kosten bei Zulieferern, wenn Menschen unter der Last ihrer Arbeit zusammenbrechen, erkranken, ihren Kindern keine Zukunft bieten können?
- Wie verfahren wir mit Akteuren, die gegen international vereinbarte Sozial- und Umweltstandards verstoßen?
- Mit Blick auf die aktuelle politische Situation: tragen verbindliche Standards durch die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen vor Ort nicht auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen bei?

Auch die vorliegende zehnte Publikation leistet einen Beitrag zur stärkeren Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards. Dabei wird die Bandbreite der aktuellen Diskussion vorgestellt – von guten Beispielen aus der (Unternehmens-)Praxis über Hintergrundinformationen bis hin zur Beschreibung übergreifender Initiativen. Von Seiten der Nichtregierungsorganisationen wird der Blick immer wieder auf die Verantwortung in der globalen Lieferkette gerichtet, werden kritische Fragen zur aktuellen Situation gestellt bzw. Forderungen an Unternehmen erhoben.

Die Diskussion um verbindlichere Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen wird auch als ein Beitrag zur Umsetzung der „Sustainable Development Goals“ verstanden. Es ist klar geworden, dass der notwendige Wandel hin zu einer global nachhaltigen Entwicklung nicht allein als Aufgabe der Politik verstanden werden kann, sondern ebenso Aufgabe von Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist. Es gilt u.a. einen Bewusstseinswandel voranzutreiben und Produkte verstärkt nach Sozial- und Umweltkriterien zu durchleuchten – von der Rohstoffgewinnung über die Produktion bis hin zu Konsum und Entsorgung. Preise müssen künftig die tatsächlichen Kosten widerspiegeln. Klimagerechtigkeit und universale Rechtsgrundsätze wie die Menschenrechte sind unverzichtbare Grundlagen für eine gerechte und nachhaltige Zukunft.

Alexander Fonari, Vivien Führ & Norbert Stamm

Augsburg und München im Februar 2016